



Medienmitteilung vom 12. Januar 2024
VPOD startet das Referendum NEIN zu EFAS.

Viviane Hösli, Zentralsekretärin VPOD

3 Schwerpunkte

1. EFAS erhöht die Prämien
2. EFAS bedroht die Arbeitsbedingungen
3. EFAS bedroht die Qualität der öffentlichen Gesundheitsversorgung

Als Gewerkschaft des services publics ist es unsere Aufgabe die Anliegen des Gesundheitspersonals zu vertreten, aber auch die öffentliche Gesundheitsversorgung zu verteidigen. Davon betroffen ist die gesamte Bevölkerung in der Schweiz: Die Prämienzahlenden und die Patientinnen und Patienten.

1. EFAS erhöht die Prämien

Mit EFAS drohen die Prämien und Kostenbeteiligungen noch stärker zu steigen, weil viele Kosten weg von den Kantonen hin zu den Prämienzahlenden verschoben werden. Und die demografisch bedingt schnell steigenden Kosten in der Langzeitpflege (Spitex, Heime) werden mit EFAS vermehrt über die Prämien finanziert und weniger über die Steuern. Das ist unsozial, da die Prämien pro Kopf bezahlt werden, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Ein Milliardär bezahlt so das gleiche, wie eine Pflegekraft. Hinzu kommt, dass Unternehmen im Gegensatz zu den Steuern keine Krankenkassenprämien bezahlen.

2. EFAS bedroht die Arbeitsbedingungen

Das Personal im Gesundheitsbereich ist schon seit Jahren am Anschlag, weil systematisch Einsparungen auf ihrem Rücken vorgenommen werden, was die Gesundheit und Sicherheit der Patient:innen gefährdet. Mit EFAS wird dieser Druck noch weiter zunehmen, da Personalschlüssel und Gehälter die Hebel für Einsparungen sein werden. Es müssen mehr Patient:innen in noch kürzerer Zeit behandelt werden. Ein Teufelskreis, denn bereits heute verlässt aus diesem Grund das Gesundheitspersonal in Scharen den Beruf.

3. EFAS bedroht die Qualität der öffentlichen Gesundheitsversorgung

EFAS gibt den Krankenkassen eine enorme Macht im Gesundheitssystem. Sie verwalten künftig 11 Milliarden Steuergelder und bestimmen, wer Geld für Pflegeleistungen erhält. Die Folge: die Profitorientierung wächst weiter, die Kantone sparen noch mehr und in den öffentlichen Spitälern, Spitex und in den Heimen wird das Geld für die medizinische Grundversorgung noch knapper. Die Patient:innenbedürfnisse werden nicht mehr die erste Priorität sein, sondern die Kostenfrage